

Frauen(-politik) in der Kulturpolitik

Margarethe Goldmann

Für viele ist dies (immer/noch) ein Unthema. Entscheidet nicht gerade in der Kulturpolitik nur oder vor allem die Qualität darüber, was oder wer zum Zuge kommt? Zynisch gefragt:

Gilt das etwa ganz besonders für die Positionen wie Intendanten, Chefredaktionen oder Kulturdezernate? In den hohen politischen und »symbolischen« Berufsrollen sind nur zwischen 5- und 15% Frauen beschäftigt.

Reproduziert gerade die Kulturpolitik die übliche Rollenverteilung, wenn der Bürodienst in Kultur- und Medienbetrieben, die Vermittlungsarbeit in Bibliotheken oder Kulturpädagogik zwischen 45 und 75% Frauen von Frauen geleistet wird? Wenn in gestaltenden und sozio-kulturellen Funktionen in Kulturbetrieben und in der freien Kunstszene 30-45% Frauen anzutreffen sind, und die höheren Posten der Kulturverwaltung und -institutionen, d.h. die dispositiven und akademischen Funktionen, die intellektuellen Berufsrollen nur noch zu 15-30% von Frauen wahrgenommen werden?

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache und stammen aus der dritten Studie »Frauen im Kultur- und Medienbetrieb« von 1999/2000, die das Zentrum für Kulturforschung mit Unterstützung des BMSFJ als umfangreiche Analyse zur Berufssituation von Frauen jetzt vorgelegt hat. Dort können Details zu allen Sparten nachgelesen werden.

Diese Zahlen müßten eine handfeste Begründung sein, um eine »Kulturpolitik für und von allen – für und von Frauen« zu begründen bzw. zu intensivieren.

Noch immer bekommen die Männer die besser dotierten Kunstpreise. Kann das an etwas anderem

als dem Vergabeverfahren liegen? Warum werden Juries noch immer nicht quotiert besetzt und Ausschreibungen anonymisiert?

In der Bundesrepublik gibt es 35 reine Frauenpreise und zusätzliche »Anti-Preise« für frauenfeindliches Verhalten. Das ist letztlich eine traurige Tatsache – wengleich gerade diese Initiativen vieles an Diskussionen vor Ort und handfester Unterstützung für Künstlerinnen geschaffen haben.

Apropos Unterstützung: Es geht bei einer Kulturpolitik von und für Frauen nicht um Hilfestellung und Förderung. Mit dem Wort »Förderung« im Zusammenhang mit Künstlerinnen schlägt die Kulturförderung eine ganz falsche Richtung ein: Was Künstlerinnen vor allem brauchen ist Anerkennung, Öffentlichkeit und einen »Imagegewinn« für ihre Arbeiten. Es sollte für Kunstfreunde, Sponsoren und Kulturpolitiker eine Freude, eine Ehre, ein Gewinn sein, eine Künstlerin und ihr Werk zu präsentieren, sich mit ihm/ihr zu zeigen und zu rühmen.

Auch in der Geschichte der Kulturpolitischen Gesellschaft hat die Kulturpolitik von und für Frauen bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Dabei stand mit dem Einzug der Grünen in die kommunalen Rathäuser und Bündnissen mit der SPD Mitte der 80er Jahre Frauenkulturarbeit

durchaus auf der Agenda vieler Städte und Gemeinden. Frauenprojekte wurden finanziert, Frauenkulturräume und -häuser geschaffen, und das Nachdenken über eine individuelle Künstlerinnenförderung begann. Beim Großprojekt »Kultur 90« nahm sich die Stadt Duisburg das Thema »Frau und Kultur« vor. Die Akademie Remscheid gab über Jahre Anregungen für eine Feministische Kulturpädagogik.

25 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft

10 Jahre vereinigtes Deutschland - und noch immer ist die kulturelle Differenz Ost-West ein Thema? Für die Kulturpolitische Gesellschaft schon, und das ist gut so. Denn es gibt sie noch, nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch Ost-Ost und West-West. Sie manifestiert sich nicht unbedingt im Alltag, wohl aber in den langfristig bestimmenden Wertvorstellungen. Wo der Mensch herkommt, was er (und sie) erlebt hat, prägt das Weltbild, aus dem er seinen Lebensfaden spinnt. Nicht nur an der Einstellung zu politischen Großprojekten wie der Fusion Berlin-Brandenburg oder der europäischen Währungsunion zeigen die besonderen Erfahrungen der Ostdeutschen (Eigentumsrückübertragungen, Lebensleistungsentwertung etc.) nachhaltig Wirkung. Demokratische und kulturelle Selbstverständlichkeiten des Westens (wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk) haben keine Tradition und konnten nicht als Errungenschaften angeeignet werden, daher werden sie im Osten leichter preisgegeben. In den Schulen des Ostens reagieren viele Lehrer auf die Ideologisierung der DDR-Jahre mit dem vollständigen Verzicht auf Wertevermittlung...

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat die deutsch-deutsche Auseinandersetzung von Anfang an gesucht. Mit mehr oder weniger Erfolg, denn die kulturelle Annäherung ist wahrlich ein dickes Brett. Doch geduldiges Bohren wird letztendlich belohnt mit manch einer erstaunlichen Erkenntnis beim Blick zurück in das eigene und dem Eröffnen neuer Perspektiven für die gemeinsame Leben.

Christinae Ziller

Geschäftsführerin der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, Potsdam

Margarethe Goldmann, Vize-Präsidentin der KuPoGe, Wiesbaden



Im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft waren die Frauen über viele Jahre unterrepräsentiert. Aus der Anfangszeit hat sich die Erinnerung an Dr. Carla Fohrbeck erhalten. Sie war anscheinend die einzige Frau, die in der Kulturpolitikszene der 70er und Anfang 80er Jahre etwas zu sagen hatte. Mittlerweile gibt es im Vorstand acht Frauen und neun Männer.

Die Sensibilisierung dafür ist sicherlich zu einem Gutteil Eva Krings zu verdanken, die als Geschäftsführerin beim Deutschen Kulturrat einen Fachausschuß »Frauen im Kultur- und Medienbetrieb« ins Leben rief, der zu einer kulturpolitischen Mobilisierung der Frage, warum es Künstlerinnen und Medienfrauen so schwer haben, sich durchzusetzen und wie Abhilfe geschaffen werden kann, führte.

Die Empfehlungen des Fachausschuß mit dem Titel »Frauen in der Kultur« sind bis heute wegweisend und waren einigen KulturpolitikerInnen beim Umdenken behilflich.

Mit dem Heft Nr. 82 der Kulturpolitischen Mitteilungen (III/96) »Frauen-Kultur-Kunst« stellte sich die Kulturpolitische Gesellschaft in eine Reihe mit anderen Trägern, die mit Initiativen, Publikationen und Veranstaltungen das öffentliche Interesse der Kulturpolitik auf die Künstlerinnen und eine Kulturpolitik von und für Frauen richtete: Dazu gehören das FrauenMuseum Bonn, das Frauenkulturbüro NRW, einige Landesverbände der GEDOK und der neu gegründeten Landesarbeitsgemeinschaften »Frauen in Kunst und Kultur«, beispielgebende Ministerien (vor allem das MASSKS in NRW unter Frau Ministerin Brusis), aber auch die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Frauenkulturstiftung DIE HÖGE – um nur wenige zu nennen.

Noch immer erstaunt es mich, dass auch im neuen Programm der Kulturpolitischen Gesellschaft der Passus »Kulturpolitik unterstützt Frauen im Kunst- und Kulturbereich« eingebaut werden konnte. Das Grummeln männlicher Vorstandsmitglieder (»Es ist doch schon alles getan!«) hielt sich in Grenzen und die Mitgliederversammlung hielt sich mit dem Thema nicht auf.

Schade eigentlich, denn Diskussionen sind wichtig: Wie auch die jüngsten Zahlen zeigen, findet weibliche Ausgrenzung nach wie vor statt und insbe-

sondere in den symbolisch so wichtigen Leitpositionen.

Es könnte sein, dass der Kulturpolitik künftig Dampf gemacht wird, wenn in den Rathäusern mit »Gender Mainstreaming«-Programmen ernst gemacht wird. Laut Amsterdamer Vertrag von 1998 ist ganz Europa aufgefordert, alle Arbeitszusammenhänge in bezug auf soziale Diskriminierung neu zu reflektieren, um traditionelle Ungleichbehandlungen aufgrund des Geschlechts zu überwinden. »Gender Mainstreaming« ist ein Programm, das als Top-Down-Verfahren angelegt ist. So ist es Sache von PolitikerInnen über die parlamentarische Ebene Modelle einzufordern, um eine Benachteiligung von

Frauen zu unterbinden – und das gilt eben auch im Kulturbereich: z.B. für die Abschaffung von Altersbegrenzungen für Preise und Stipendien, in der Quotierung von Gremien und Juries, bei der Einführung anonymisierter Nominierungsverfahren und Auflagen bei der Mittelvergabe, d.h. der Bewilligung von Mitteln nur unter der Voraussetzung, dass bei einer Ausstellung, einem Festival oder einer Aufführung Künstlerinnen gleichermaßen beteiligt sind. Und für die (Kultur-)politikerInnen sollte gelten: Sitzungen nach 17 Uhr nur in Ausnahmesituationen,

denn da schließen die Kindergärten. Wer darüber lächelt sollte einen Blick nach Norwegen tun, wo man diese Regelung im Interesse der berufstätigen Väter und Mütter, die ihrer Familie verlässliche Zeit und Interesse schenken wollen, bereits getan hat.

Damit ich nicht mißverstanden werde, möchte ich unterstreichen, daß »Qualität« die Orientierung jeder ambitionierten Kulturpolitik sein soll. Unter dem Aspekt der Gleichheit der Geschlechter (GG Art. 3) ist das Ziel noch nicht erreicht und bleibt auf der kulturpolitischen Agenda. In der Präambel der Empfehlungen des Deutschen Kulturrat wurde es gut beschrieben und lohnt die Erinnerung durch Zitat:

»Die Qualität der kulturellen Lebens zeigt sich in der Vielfalt künstlerischen und gestalterischen Ausdrucks und kultureller Prozesse. Daran haben Frauen in künstlerischen und gestalterischen Berufen einen wichtigen Anteil. Sie prägen Kunst- und Kulturprozesse durch ihre Sicht der Welt, ihre Entwürfe, ihr Denken und ihr Fühlen. Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig bleiben will, kann auf diese Stärken nicht verzichten.«

25 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft

Ein Vierteljahrhundert kulturpolitischer Wirkungsgeschichte verpflichtet zu verstärktem Engagement in einer Gegenwart, die von globalen Zukunftsentwürfen überschattet ist. Vorausdenken, parallel zu den rasanten Entwicklungen in Forschung und Technik die soziale und kulturelle Konsequenz ins gesellschaftliche Bewusstsein tragen, darin liegt die Kompetenz und liegt die Aufgabe der Kulturpolitischen Gesellschaft. Als Künstler bestehe ich auf der Durchdringung des Lebens mit Kunst, die nur dort existiert, wo sie innerhalb des sozialen Raumes gestaltend einwirken kann und wahrgenommen wird, nicht als gefälligen Dekor des repräsentativen Bereichs, sondern als Forderung und Anspruch der Menschen auf ästhetische Gestaltung seines Lebensraumes. Die Förderung der kreativen Ressourcen der kommenden Generationen ist ebenso unverzichtbar wie die Förderung einzelner spezifischer Begabungen, um gegen Verdummungsstrategien anzutreten und für eine Gesellschaft, die sich den Stempel Spaßgesellschaft nicht aufdrücken lassen will.

Prof. Dr. Otto Herbert Hajek
Bildhauer, Stuttgart